KV20160217-1 Resolution zur aktuellen Flüchtlingssituation (MV 17.02.2016)

Gremium: Kreisvorstand Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 03.02.2016

Die Diskussion nach den Ereignissen in Köln hat dazu geführt, dass Sexismus und die aktuelle Flüchtlingsdiskussion zusammen miteinander verknüpft wird. Wir werden diese Vermischung nicht mitmachen: Die Übergriffe sind Straftaten, die verfolgt werden müssen und Sexismus muss endlich konkret angegangen werden. Mit der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation hat dies jedoch nichts zu tun.

Wir dürfen unsere Grundwerte und ein Grundrecht wie das auf Asyl nicht aufgeben. Über Obergrenzen zu diskutieren erscheint uns wirklichkeitsfremd. Das Problem wird nur weiter geschoben und an der Grenze Augen vor dem Leid von Menschen verschlossen.

Anstatt solche Symbolpolitik zu betreiben braucht es ein schnelles und effizientes Asylmanagement. Asylanträge müssen schneller und fair bearbeitet werden, anstatt sich zu stapeln.

Auch der Hinweis auf Dublin II und damit die Verantwortung auf Italien und Griechenland abzuschieben empfinden wir als heuchlerisch. Mit einer solchen Aussage zieht sich die Bundesrepublik aus ihrer Verantwortung zurück und könnte sich als reichster EU-Binnenstaat zurücklehnen. Dies ist viel zu lange geschehen. Statt dieser Kopf in den Sand Politik braucht es eine gemeinsame europäische Lösung, die auch die Verteilung von Flüchtlingen europäisiert.

Das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“ lehnen wir weiterhin ab. Die Situation von Roma in den bisherigen angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ empfinden wir für höchstproblematisch und Anerkennungsquoten in anderen europäischen Ländern machen deutlich, dass auch andere Länder ihre Bedenken haben. Eine Ausweitung auf die Staaten Nordafrikas halten wir aber nicht nur aufgrund der mangelnden Wirkung des Konzeptes ab. Demokratische und rechtstaatliche Indikatoren lassen eher Zweifel daran aufkommen, dass dort politische Verfolgung wirklich ausgeschlossen ist.

Als extrem problematisch empfinden wir die neuen Beschlüsse der Bundesregierung den Familiennachzug zu begrenzen. Ein solches Vorgehen zwingt Frauen und Kinder anstatt den beschwerlichen Weg über die Bürokratie den gefährlichen über das Mittelmeer anzugehen, um zu den Männern und Vätern in Europa zu gelangen.

Integration forcieren

Aber auch für die Integration ist ein solcher Familiennachzug wichtig. Nur wenn wir Menschen hier eine Perspektive bieten – und dazu gehört natürlich auch die Familie – können wir erwarten, dass sie sich auch als Teil der Gesellschaft fühlen. Nur wer ohne Angst um seine Liebsten hier lebt, kann auch alle Angebote zur Bildung, Sprachförderung und ähnliche Maßnahmen unbeschwert angehen.

Zentrales Element zur Integration ist dabei auch die Schnelle des Asylverfahrens. Je schneller dieses geklärt ist, desto schneller herrscht Klarheit und Wege zur Arbeit und Integrationskursen können bestritten werden.

Integration bietet natürlich die große Herausforderung dieser Flüchtlingssituation. In Gelsenkirchen unterstützen wir die Stadtverwaltung in

ihrer Planung der dezentralen und stadtweiten Unterbringung. Wir erleben viele engagierte Bündnisse und Personen, die deutlich machten, dass nicht nur während der WM „die Welt zu Gast bei Freunden“ sein kann. Hier ist nur ein großer Dank auszusprechen.

Nichtsdestotrotz ist dies bundesweit eine finanzielle Herausforderung. Die positive Steuerentwicklung wird ihren Beitrag dazu leisten, dies aufzufangen. Für uns gilt aber eine ganz deutliche Prämisse bei allen Fragen der Finanzierung von Flüchtlingshilfe: Es darf nicht sozial schwach gegen sozial schwach ausgespielt werden. Soziale Kürzungen oder Einsparungen bei den Ärmsten der Gesellschaft halten wir nicht nur inhaltlich für falsch, sondern auch für einen Zündstoff der Gesellschaft.

Bürgerwehren zu gründen, bringt uns in einer solch angespannten Situation nicht weiter. Berichte über Personenkontrollen in Buer durch solche Gruppierungen haben unsere Ablehnung bestätigt. Der Instrumentalisierung menschenfeindlicher Übergriffe gegen Frauen, um rassistische Hetze zu unterstützen und mehr Gewalt zu fördern, stellen wir uns klar entgegen.

Fluchtursachen angehen

Nicht zuletzt darf nicht vergessen werden, dass jede Flucht ihre Ursache hat. Niemand verlässt freiwillig sein Zuhause, begibt sich auf dem Meer in Lebensgefahr und nimmt lange Wanderschaft auf sich. Um dies zu verhindern braucht es unter anderem eine vorausschauende und friedensorientierte Außenpolitik, nachhaltige und lokale Wirtschaft unterstützende Entwicklungspolitik und globalen Einsatz für Klimaschutz.